

Die politische Interessenkommunikation im Regierungsbezirk Potsdam und die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867-1914

Von WOLFGANG RADTKE

Rudolf STÖBER, Florian Paul UMSCHIED, Politische Interessenkommunikation in der Modernisierung. Das Beispiel des Regierungsbezirks Potsdam (1867-1914) (Presse und Geschichte – Neue Beiträge, hrsg. v. Astrid Blome, Holger Böning u. Michael Nagel, 116; zugl. Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, hrsg. v. Klaus Neitmann, XX), Bremen, edition lumière, 2018, 475 S.

Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867-1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden, hrsg. v. Albrecht HOPPE, Klaus NEITMANN u. Rudolf STÖBER, bearb. v. Albrecht HOPPE (Presse und Geschichte – Neue Beiträge, hrsg. v. Astrid Blohme, Holger Böning u. Michael Nagel, 118; zugl. Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, hrsg. v. Klaus Neitmann, XXI.1-4; zugl. Veröffentlichungen des Landesverbandes Brandenburg des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., 5.1-4), 4 Bände, Bremen, edition lumière, 2020, CXX, 3566 S.

Planung und Durchführung des DFG-Projekts „Politische Interessenkommunikation 1867-1914“

In der Projektbeschreibung heißt es: „Das Projekt besteht aus zwei Teilen: einem quellenkritisch-hermeneutischen Teil (Potsdam) und einem quantitativ-inhaltsanalytischen Teil (Bamberg). In Potsdam wird eine Quellenedition erarbeitet, in Bamberg die Begleitpublikation.“¹ Das Projekt schließt an das ebenfalls von Rudolf Stöber geleitete DFG-Projekt „Amtspresse Preußens“ an, in dessen Rahmen die auflagenstärksten und einflussreichsten politischen Presseorgane des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts digitalisiert und mit einem Sachkommentar versehen worden sind. Dafür sind die Provinzial-Correspondenz (1863-1884), die Neuesten Mittheilungen (1882-1894) und das Teltower Kreisblatt (1856-1896) ausgewählt worden und stehen nunmehr Interessierten als Volltexte zur Verfügung.² Der Quellenwert der Presseorgane ist von immenser Bedeutung für alle wichtigen

¹ Projektbeschreibung Kommunikation in Preußen – Überblick. Projekt-Team: Leitung Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (Potsdam), Rudolf Stöber, Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft, Universität Bamberg (federführend). Die Laufzeit des Projekts betrug drei Jahre ab 2014.

² DFG-Projekt „Amtspresse“: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/>. Das corpus der digitalisierten Zeitungen umfasst ca. 13.000 Seiten. Albrecht HOPPE/Rudolf STÖBER, DFG-Projekt Digitalisierung der Amtspresse Preußens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und Erstellung eines Sachkommentars, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 8 (2006), S. 220-246. Zur Pressepolitik Bismarcks vgl. u. a. Rudolf STÖBER, Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882, in: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 423-451; DERS., Die „Provinzial-Correspondenz“ 1863-1884. Das größte politische „Wochenblatt“ seiner Zeit, in: Publizistik 44 (1999), Nr. 2, S. 165-184. Zum Problem der Digitalisierung vgl. Jens BROKFELD, Die digitale

Themen der Politik in der Bismarckzeit. Sie enthalten unter anderem Informationen zu Tausenden Personen aus Staat und Gesellschaft. Für das hier zu besprechende Folgeprojekt sind diese Zeitungen in reichem Maße als Informationsergänzungen herangezogen worden.

Das Projekt verfolgt als Ziel, den grundlegenden gesellschaftlichen Wandel infolge der allgemeinen Modernisierung vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs mit Hilfe einer Methodenkombination, die Kommunikationswissenschaft einerseits und Geschichtswissenschaft andererseits zu bieten haben, erstmals quellengesättigt und umfassend für den Regierungsbezirk Potsdam als der Hauptstadtregion des Königreichs Preußen transparent zu machen. Das geschieht auf der Basis moderner elektronischer Informationsmethoden und der vollständig edierten und kommentierten Quellen aus den Beständen vornehmlich des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und des Landesarchivs Berlin. Das Leitmedium sind die vollständig erhaltenen Immediatzeitungsberichte³ der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867-1914.

Die Verwirklichung des Projekts, die ohne modernste Technik wie Computer-Hard- und Software vor noch gar nicht so langer Zeit unmöglich gewesen wäre, ist mit nur relativ wenigen Mitarbeitern, in der Regel studentischen Hilfskräften, in Bamberg und in Potsdam bewirkt worden. Es liegt nunmehr ein wahrhaft gewichtiges opus vor, das die üblichen zur Verfügung stehenden Medien und Hilfsmittel der kommunikations- und gleichermaßen geschichtswissenschaftlichen Forschung weit in den Schatten stellt, zumal mit zwei verschiedenen Interpretationsansätzen operiert worden ist: im „Begleitband“ zum einen auf der Basis eines methodischen Instrumentariums der statistisch-quantitativ geleiteten Kommunikationswissenschaft, zum anderen mit den quellenkritisch ausgerichteten, hermeneutisch orientierten Methoden und Erkenntniszielen der klassischen Geschichtswissenschaft.⁴ Beide Ansätze führen zu dem sehr anspruchsvollen Ziel einer tief reichenden Auslotung der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg. Diesen Einblick gewähren die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten, also staatlicher Hoheitsträger, welche dem König von Vierteljahr zu Vierteljahr exklusiv Bericht zu erstatten hatten. Die Immediatzeitungsberichte gehen auf eine Tradition im preußischen Verwaltungssystem seit dem frühen 18. Jahrhundert zurück und verdichten sich in dem Zeitraum von 1867 bis 1914. Jeder preußische Regierungspräsident war gemäß königlichem Auftrag angewiesen, regelmäßig einen nach bestimmten Kriterien gestalteten offiziellen Bericht über den Zustand seines Regierungsbezirks immediat zu erstatten, wobei er auf die Zuträgerschaft seiner Behörde und deren Beamte angewiesen war. Einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Berichte hatten die Landräte und deren Subalternbeamte, aber auch andere gesellschaftliche Kräfte wie beispielsweise die Vorstände privater Eisenbahngesellschaften oder landwirtschaftliche Vereine, deren Beiträge häufig

Edition der „preußischen Zeitungsberichte“: Evaluation von Editionswerkzeugen zur nutzergenerierten Transkription handschriftlicher Quellen, Masterarbeit, Fachhochschule Potsdam, Erstgutachter Mario Glauert, Potsdam 2012.

³ Der Begriff „Zeitung“ wird auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch vielfach in seiner ursprünglichen Bedeutung als „Nachricht“ verwendet. Vgl. zur Bedeutungsvielfalt das Lemma „Zeitung“, in: Jacob und Wilhelm GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 31, Z - Zmasche, Leipzig 1956, Sp. 591-593.

⁴ Zu den Grundlagen der Kommunikationswissenschaft siehe Rudolf STÖBER, Kommunikations- und Medienwissenschaften. Eine Einführung, München 2008.

nahtlos in den Immediatbericht eingearbeitet wurden. Teilweise wurden ganze Passagen davon übernommen. Sehr deutlich wird dieses Verfahren in den Editionsbänden, die von Alfred Hoppe mit immenssem Aufwand bearbeitet worden sind. Ein Grund für die Auswahl des Regierungsbezirks Potsdam ist die ganz vorzügliche Quellenlage, da die insgesamt 186 Berichte vollständig zusammen mit einer Vielzahl von ergänzenden Akten erhalten und teilweise doppelt vorhanden sind, einmal im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, zum anderen im Geheimen Staatsarchiv, wo diverse Ministerialakten zu den reichen Beständen gehören. Hinzu kommt ein weiterer gravierender Grund als Auswahlkriterium: Der Regierungsbezirk Potsdam ist als ein wesentlicher Teil der Provinz Brandenburg der Hauptstadtbezirk des preußischen Staates gewesen, zumal bis 1881 die Haupt- und Residenzstadt Berlin, wenn auch mit einer Sonderrolle, zur Provinz gehörte und dem Oberpräsidenten unterstand. Wie in einem Brennglas haben sich hier alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegelt. Preußen und seit der Reichsgründung 1871 das Kaiserreich haben in Berlin ihre Zentrale gehabt, die mitten in der Provinz Brandenburg lag: Besonders Umlandkreise wie der Kreis Teltow und der Kreis Niederbarnim bildeten nicht nur die Peripherie, sondern gehörten mit ihren Städten wie zum Beispiel Potsdam oder Schöneberg durchaus zum Zentrum, waren Teile einer beispiellosen Entwicklung in Deutschland. Dieses war in einen Prozess der Modernisierung eingetreten, die nur mit der Englands verglichen werden kann, indem Preußen, das bis dato trotz aller Großmachtsprüche so etwas wie ein ökonomischer Zwerg gewesen war, in einer Aufholjagd nun den Standard der westeuropäischen Staaten erreichte und diese teilweise überholte.

Ein Schlüsselbegriff für die Untersuchung ist also grosso modo der der Modernisierung, der andere der der Interessenkommunikation, und zwar die politische Interessenkommunikation im weitesten Sinne, die im Fokus der Fragestellung stehen. So ist der Regierungspräsident mit seinem Stab beauftragt, vierteljährlich unter genau festgelegten Rubriken und Kriterien, die im Laufe der Jahrzehnte durchaus variieren, über die Gesamtheit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und Veränderungen Mitteilungen im Sinne einer Darstellung des sozialen Wandels an die Staatsspitze weiter zu leiten. Die Autoren gehen dabei von der Prämisse aus, dass die Darstellung natürlich keinesfalls ideologiefrei sein kann, sondern dass durchaus immer auch gleichzeitig eigene Interessen artikuliert werden, die aggregiert und kommuniziert werden. Um diese Prämisse zu verifizieren, werden mit statistischer Methodik großräumige und kleinteilige Erhebungen im Kontext der Texte angestellt, Schaubilder und Tabellen erarbeitet, die diesen Sachverhalt gewissermaßen beweisen und der Tatsache Rechnung tragen, dass ideologiefreie Berichterstattung so gut wie niemals möglich ist.

Die Analyse folgt einer vorgegebenen Struktur, die durch die Gliederung der Immediatberichte bedingt ist. Stöber/Umscheid klären aber zunächst, weshalb sie gerade die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierung zur Untersuchung des Problems der politischen Interessenkommunikation ausgewählt haben. Der Hauptgrund liegt, wie bereits hervorgehoben, in der ungewöhnlich guten Quellenlage mit der Vielzahl von Ergänzungsquellen: „Neben klassischem quellenkritischen Vorgehen nutzten wir für die Erschließung und Interpretation der Immediatzeitungsberichte medienstruktursystematische Untersuchungen zur Presselandschaft und thesaurusgestützte sowie kodebuchgestützte

Inhaltsanalysen. Alle vier Methoden zusammen ermöglichen ein erweitertes Verständnis der Berichte, ihres politischen, ökonomischen und sozialen Kontextes und der Öffentlichkeits- und Mediengeschichte dieser Sattelzeit der Moderne.⁵ Diese Möglichkeiten eröffnen sich besonders wegen der durchweg standardisierten Texte, die über Jahrzehnte hinweg ihre Grundstruktur bewahrt haben, sodass sie gut mit Codebüchern und Wörterlisten und Konkordanzen statistisch erschlossen und einer Interpretation zugeführt werden konnten. Ihr sichtbares und beindruckendes Ergebnis schlägt sich neben der klassischen geschichtswissenschaftlichen Narration in den insgesamt 157 Tabellen und in den der Analyse dienenden 64 Abbildungen nieder, die in ihrem Aufbau und in ihrer Logik beeindrucken.⁶ Die Generalfrage lautete, wie mit den Berichten Politik gemacht und wie die Interessen politisch kommuniziert wurden; darüber hinaus wurde gefragt, „welche Bedeutung hatten Rückkopplungsprozesse? Welche Rückkopplungen zwischen den verschiedenen Berichtsebenen (Landräte, Regierungspräsident, Oberpräsident) lassen sich nachweisen? Welche Rückkopplungen zwischen der in den Immediatzeitungsberichten dokumentierten öffentlichen Meinung (Stimmung) und der veröffentlichten Meinung (in Presse und Korrespondenzen) lassen sich nachweisen? Hatten diese Rückkopplungen verstärkenden oder abschwächenden Einfluss auf die Entscheidungsfindung?“⁷ Als Untersuchungshypothese formulieren die Autoren, dass die Interessenkommunikation in den Berichten eine Mischung aus persönlichen Karriereinteressen und Interessen des Bezirks gewesen sei. Der Regierungspräsident wäre damit ein Anwalt des Regierungsbezirks zwischen übergeordneten und Partikularinteressen.

Im Einzelnen ist der weitere Aufbau der Analyse folgendermaßen strukturiert: In einem zweiten Abschnitt wird auf die Grundbedingungen politischer Kommunikation eingegangen, indem auf die Presse- und Vereinslandschaft im Regierungsbezirk Potsdam und auf das Verhältnis von Parteien, Wahlkämpfen und politischer Kommunikation abgehoben wird. Im Falle der Darstellung der Presselandschaft stehen die Provinzial-Correspondenz und die Neuesten Mittheilungen im Zentrum der Betrachtungen. Der dritte Abschnitt bezieht sich auf die historische Entstehung von Immediatzeitungsberichten seit dem frühen 18. Jahrhundert, wobei die Zeit seit der Gründung der Provinz Brandenburg und der Etablierung der Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt/Oder in der preußischen Reformära eine Vorstufe konzentrierten modernisierenden Verwaltungshandelns bildet, das seit den sechziger Jahren intensiviert wird und immer mehr Lebensbereiche erfasst. Diese verändern sich im Laufe der forcierten Industrialisierung in der Phase des Take-off der Wirtschaft von Grund auf, als ein allmählicher Paradigmenwechsel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu beobachten ist. Im vierten Abschnitt werden Struktur und Themen der Immediatzeitungsberichte, die mit der Zeit verschiedenes Gewicht erlangen, vorgestellt. Den Kern der Berichterstattung bilden fünf Hauptrubriken, die zwingend in jedem einzelnen Bericht zu erscheinen haben und im Zentrum stehen müssen. Dazu gehören seit 1867 „Landeskultur, öffentliche Bauten, öffentliche

⁵ STÖBER/UMSCHEID, Politische Interessenkommunikation in der Modernisierung, S. 30.

⁶ An dieser Stelle sei ein kleiner Einwand gestattet, der sich nicht auf den Inhalt bezieht, sondern auf die Entzifferbarkeit der Legenden für die Abbildungen und Tabellen gerichtet ist: Diese sind bisweilen so klein und unscheinbar gedruckt, dass sie oft nur unter Verwendung des Instruments einer Lupe lesbar sind.

⁷ Ebd., S. 24.

Stimmung und Militärverhältnisse“.⁸ Die fünfte Rubrik beschäftigt sich mit Industrie, Handel und Gewerbe. Zu dieser Grundstruktur kamen im Laufe der Jahrzehnte bis 1914 alternativ mehr als 40 verschiedene weitere Rubriken, die die Dominanz der fünf Hauptrubriken mit Ausnahme der zu den Militärverhältnissen, die immer weniger thematisiert wurden, nicht in Frage gestellt haben und nicht durchweg von allgemeiner Bedeutung gewesen sind. Die Hauptrubriken zeichneten sich durch besonders umfangreiche Berichterstattung aus und nahmen zwischen knapp 30 und über 80 Prozent der Berichte in Anspruch. Die Landeskultur wurde in jedem der Berichte behandelt. Dort wurden je nach den Jahresquartalen Entwicklung und Abfolge der Vegetation, die Witterungsverhältnisse und die Ernteergebnisse der in den frühen Jahrzehnten noch dominierenden Landwirtschaft abgehandelt. Eine stetig erweiterte Rubrik bildete der unter verschiedenen Überschriften erscheinende gewerbliche Sektor. Spitzenwerte mit beinahe 40 Prozent bzw. 45 Prozent am Gesamtanteil des Berichts wies diese Rubrik in den Jahren 1901 und 1906 auf.⁹ Ein überaus starkes Gewicht nahm die Bautätigkeit im Regierungsbezirk einschließlich Berlins ein. Dazu gehörten die Bauten staatlicher und kommunaler Behörden wie zum Beispiel Schulgebäude und kommunale Versorgungseinrichtungen einschließlich der umfangreichen kirchlichen Bautätigkeit. Ein wesentlicher Teil der Berichterstattung galt dem Chaussee- und Wasserbau, besonders aber der über das Eisenbahnwesen. Eine ganz unverzichtbare Aufmerksamkeit galt der „öffentlichen Stimmung“, dazu gehörte genuin die öffentliche Sicherheit. Ebenso wie die Berichterstattung über die Militärverhältnisse nahm diese Rubrik dennoch, außer in den Wahljahren zum Reichstag, nur relativ wenig Raum ein. Darüber hinaus wurde immer wieder über die eigene Verwaltung berichtet, sodass ein guter Einblick in die Verwaltungsstrukturen von Provinz und Regierungsbezirk einschließlich der Kreise und Städte und deren Veränderungen über die Jahrzehnte hinweg möglich ist.

Einer zentralen Problematik gilt der fünfte Abschnitt der Studie für die Zeit stärksten sozialen Wandels in der preußisch-deutschen Geschichte unter der Überschrift „Wirtschaftliche und soziale Interessen und Interessenkonflikte“.¹⁰ In der Landwirtschaft sind die Jahr für Jahr variierenden Ernteergebnisse von größtem Gewicht für Lebensstandard und Wohlstand der Bevölkerung. Dabei sind die Ernten nicht nur durch ungünstige Witterungsverhältnisse, sondern auch durch die „Leutenot“, d. h. den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften immer wieder gefährdet. Gleichfalls drohen Streiks, die in der Berichterstattung genau festgehalten und umfänglich analysiert werden. Der sechste Abschnitt beschäftigt sich mit Infrastruktur, Kommunikation und Verkehr und dem den Bau- und Strukturmaßnahmen entgegengebrachten Interesse. Dafür werden einzelne Beispiele genauer ausgeführt, die das Interessengemisch, das dahinter sichtbar wird, demonstrieren. Der siebte Abschnitt befasst sich mit den Berichten in Hinblick auf Politik und politische Interessen; dazu gehört die Beobachtung der Wahlkämpfe auf den verschiedenen Ebenen und deren Vergleich ebenso wie die Darstellung der Berichterstattung über die allgemeine politische Öffentlichkeit. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt erwartungsgemäß der Beobachtung der Sozialdemokratie in allen ihren Willensäußerungen und Aktionen.¹¹ Schließlich ist ein abschließender achter

⁸ STÖBER/UMSCHEID, S. 189: Zitat des königlichen Erlasses vom 26.8.1867, aus: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep 89, Geheimes Zivil Kabinett, Nr. 15746, Bl. 50.

⁹ Ebd., S. 191.

¹⁰ Ebd., S. 211-243

¹¹ Für die Sozialdemokratie hat das Forscherteam eigens ein selbstständiges ergänzendes Kodebuch unter dem Rubrum Kodegruppe 6.2 (Ebd., S. 435-444) angelegt. Dieses ergänzt das umfangreiche und äußerst kleinteilige

Abschnitt im Rahmen dieser Gliederung dem Gesamtkomplex der Frage- und Problemstellung gemäß der Fixierung dessen, was insgesamt als „Interessenkommunikation in der Modernisierung“ untersucht worden ist, gewidmet. Dabei wird auch nach dem Nutzen der Berichte gefragt, wenn es zusammenfassend heißt: „Wem nutzten die Berichte? Offensichtlich dienten sie vielen, teils auch gegensätzlichen Interessen. So sollten die Berichte einerseits detailliert und umfassend informieren sowie konzise urteilen; andererseits war es nicht erwünscht, dass die Informationen zu umfangreich gerieten; schon gar nicht wünschten die Vorgesetzten aufdringliche Meinungsäußerungen nachgeordneter Stellen.“¹²

Um die möglichen inhärenten Tiefenschichten ermessen zu können, die durch die Untersuchung erreicht werden und auf denen sie quellenmäßig beruht, soll an dieser Stelle beispielhaft noch einmal auf den Abschnitt, der sich mit Chaussee-, Eisenbahn- und Wegebau befasst, genauer eingegangen werden. Wegen der immensen Bedeutung von Strukturverbesserungen sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert für politische und soziale Kommunikation und die Wirtschaftsentwicklung, im Einzelnen auch für das Phänomen der Binnenmigration, greifen die beiden Autoren auf eine Spezialakte zurück, um durch deren kleinteilige Interpretation, wie sie sagen, der eher „abstrakten Darstellung etwas Kolorit zu geben“.¹³ Diese Akte macht nach ihren Worten für einen kleinen Zeitraum und einen beschränkten sachthematischen Bereich deutlich, wie Interessenvermittlung und Interessenkommunikation im Kaiserreich funktionieren konnten. In der Akte sind 21 Vorgänge dokumentiert.¹⁴ In den Immediatzeitungsberichten selber finden sich über die Durchführung des Baues der sogenannten Kanonenbahn von Berlin nach Nordhausen am Harz lediglich dürre Nachrichten. So heißt es 1876: „An der Eisenbahn Berlin-Nordhausen wird bis jetzt nur mit verminderten Arbeitskräften und zwar ausschließlich an der Herstellung der Brücken und Durchlässe gearbeitet.“¹⁵ Die Eisenbahnlinie war von großer strategischer Bedeutung und führte mit einer Gesamtlänge von insgesamt 805 Kilometern über Wetzlar in das lothringische Metz und ist bis heute mit ihrer Führung durch den Grunewald unter der Bezeichnung Wetzlarer Bahn in Berlin bekannt.¹⁶ Die umfangreiche

Gesamtkodebuch, auf das im Übrigen im Rahmen der Untersuchung ausgiebig zurückgegriffen wird. Auch erhalten die Themenkomplexe Streik, Auswanderung, Arbeitermangel und Bauten wegen ihrer extraordinären Wichtigkeit für den Inhalt der Immediatberichte eigene ergänzende Kodebücher.

¹² Ebd., S. 377.

¹³ Ebd., S. 251. Diese ungemein vielschichtige Akte ist unter der Signatur Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep 2A V, Nr. 2164 zu finden, weist zwar keinen eigenen Aktentitel auf, enthält aber folgende Inhaltsbeschreibung: „Zugbarrieren, Übergänge sowie [den] Zustand von Straßen an der Bahnlinie Berlin-Nordhausen 1877-1881“.

¹⁴ Eine ähnliche Tiefenschärfe haben in ihrer Vielzahl die Kommentierungen in der Edition von Albrecht Hoppe.

¹⁵ IZB 1876-1, in: Edition, Bd. 1, S. 413. - Unter der Rubrik „Öffentliche Bauten“ wird dann 1879 mitgeteilt: „Die Eröffnung der Eisenbahn Berlin-Blankenhain hat für den Güter- und den Personenverkehr in den in meinem letzten Berichte bezeichneten Terminen stattgefunden.“ IZB 1879-2, in: Ebd., S. 561. Zum Beleg für beide Zitate wird im Kommentar von Albrecht Hoppe jeweils auf die Akte BLHA Rep 2AV, Nr. 2164 verwiesen. Aufgrund dieser Information ist es dem Benutzer der Edition möglich, weiter zu recherchieren, und zwar in der Weise, wie dies Stöber/Umscheid oben in ihrem „Begleitband“ exemplarisch gewissermaßen als Vorbild und anleitend für die weitere Beschäftigung mit der Thematik tun. Das gesamte Beispiel wird auf den Seiten 251-286 in aller Ausführlichkeit abgehandelt, sodass der Leser minutiös über die einzelnen Vorgänge unterrichtet wird, um dann in ähnlicher Weise andere Vorgänge, die in den Berichten aufgeführt werden, zum Sprechen zu bringen.

¹⁶ Zeitgenössische Informationen dazu enthält das gewichtige Werk zum fünfzigjährigen Bestehen des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen: Berlin und seine Eisenbahnen 1846-1896, hrsg. im Auftrage des Königlich Preussischen Ministers der Öffentlichen Arbeiten, Bd. 1, Berlin 1896, S. 282-288, mit zum Teil detaillierten Ausführungen zum öffentlichen Nahverkehr und über den Streckenverlauf von Charlottenburg nach Wannsee.

Akte mit circa 300 Blatt enthält eine Fülle von Details. Dabei kommen die Eisenbahnverwaltung, private Beschwerdeführer, Förster, die um den Baumbestand im Grunewald fürchteten, Gastwirte und Grundstückseigentümer zu Wort, deren Argumente zu Bau und Trassierung der Bahn zum Teil mit ausführlichen Zitierungen gewürdigt werden. Vertreter der Regierung Potsdam, der Landrat des Kreises Zauch-Belzig, Rudolf von Stülpnagel, Gemeinde- und Gutsvorsteher werden angehört, wenn sie bei Ortsterminen befragt werden. Dabei kommen selbst Fragen auf, die wir heute zum Umweltschutz rechnen würden. Somit ist eine überaus rege Interessenkommunikation verschiedenster Beteiligter, die alle vom Bau und Betrieb der Bahn betroffen sind, bis hin zu kleinsten Einzelheiten erkennbar. Schriftliche Proteste und Eingaben von Anwohnern werden von der Eisenbahnverwaltung entgegengenommen und sorgfältig und sachgerecht, bisweilen mit bewusster Verzögerung, um Zeit zu gewinnen, beantwortet. Staatliche und kommunale Behörden beteiligen sich an dem intensiven Diskurs, ohne in jedem Fall ihre hoheitlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Veröffentlichungen im Amtsblatt kommen hinzu. Bahnhofserweiterungen wie etwa die des Bahnhofs Hundekehle (heute Bahnhof Grunewald) stehen zur Diskussion, um einem erwarteten Ausflugsverkehr gerecht werden zu können. Ängste werden geschürt, wenn Befürchtungen geäußert werden, dass Ansammlungen von Arbeitern im Berufsverkehr die Idylle in den westlichen Villenvierteln im gutbürgerlichen Westen Charlottenburgs stören würden. Die Themenvielfalt ist überwältigend und zeugt durchaus bereits von einer regen konstruktiven Bürgerbeteiligung an großen Bauprojekten als infrastrukturellen Maßnahmen, die freilich in ihrer Substanz politisch niemals in Frage gestellt werden. Als Fazit können die Autoren feststellen: „War das Verfahren damit schon moderne Bürgerbeteiligung? Das kommt auf die Perspektive an. Einerseits sind die Einreden verglichen mit der quantitativen Häufung der Gegenwart verschwindend wenige. Andererseits besaßen schon diese wenigen eine Qualität, die das Bild vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat deutlich aufhellen. Natürlich könnte man mit Verweis auf den legendären Müller von Sanssoucie [sic!] argumentieren, Preußen habe schon seit vielen Jahrzehnten als Rechtsstaat die legitimen Anliegen der Bewohner respektiert, doch die Eingaben und Beschwerden bewegten sich zumeist im vorjustiziablen Raum. Es ging weniger um die Abwägung von Rechtsgütern als um Vermittlung, Abwägung und Abgleich von Interessen der verschiedenen Beteiligten.“¹⁷ Ob eine Generalisierung der gewonnenen Erkenntnisse erlaubt sei, lassen die Verfasser in deren Für und Wider durchaus offen.

Die mit großem intellektuellem und arbeitsmäßigem Aufwand betriebenen Analysen der Autoren und ihrer Arbeitsgruppe nötigen dem Rezensenten höchsten Respekt ab. Im unlösbaren Verbund mit der Quellenedition in der Bearbeitung von Albrecht Hoppe bilden sie einen Höhepunkt kommunikations- und geschichtswissenschaftlicher Expertise, die ihres gleichen sucht. Gleichzeitig erweitern sie in ganz beträchtlichem Maße unser Wissen um den gesellschaftlichen Wandel in einer Zentralregion Preußens, der im Regierungsbezirk Potsdam seine gestaltenden Kräfte findet.

Zur Edition der Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten

¹⁷ STÖBER/UMSCHEID, a. a. O., S. 286.

1867-1914 in der Bearbeitung von Albrecht Hoppe

Die von Albrecht Hoppe kommentierte Edition der Immediatzeitungsberichte ist als ein wahrer Glücksfall zu bezeichnen, zumal diese wohl eine der letzten ihrer Art angesichts ihres eminenten Umfangs mit mehr als 3.500 Seiten reinen Quellentexts einschließlich des Fußnotenapparats und der dazugehörigen Verzeichnisse in gedruckter Version sein könnte. Es ist ein großes Verdienst des Bremer Verlags editon lumière und der Herausgeber, ein derartig umfangreiches opus in das Verlagsprogramm aufgenommen und zu finanzieren zu haben. Bereichert ist dadurch nicht allein die brandenburgisch-preußische Landesgeschichte einschließlich der Berliner Geschichte, sondern die historische Forschung für den Zeitraum von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs insgesamt, wenn man bedenkt, dass mühsame und aufwendige Archivarbeit damit erspart wird und dem Benutzer darüber hinaus durch die Kommentierungen eigene Recherchen wesentlich erleichtert werden, die ihm die Möglichkeit eröffnen, auf der Basis der Erläuterungen und Hinweise in Dimensionen vorstoßen zu können, die ihm andernfalls vielleicht verschlossen geblieben wären. Zusammen mit den Anregungen und Ergebnissen des „Begleitbandes“ steigert sich der Effekt noch einmal in wünschenswerter Weise, sodass die Berichte nicht nur als eine Abfolge von durchaus interessanten Informationen zu Vorgängen über ein halbes Jahrhundert in einer bestimmten Region aus bloßem historischem Interesse gelesen werden können, sondern diverse Fragestellungen ermöglichen, die von den Autoren des Begleitbandes in methodisch exzellentem Duktus angeboten werden.¹⁸

In einem einleitenden Teil von Band 1 wird auf Geschichte und Quellenwert der preußischen Zeitungsberichte von 1722 bis 1918 eingegangen. Es folgen eine allgemeine historische Einführung und umfangreiche Hinweise zur editorischen Bearbeitung auf über 100 Seiten, ehe ab S. 1 die kommentierten Zeitungsberichte Nr. 1 (1867) bis 69 (1884) abgedruckt sind. Band 2 enthält die Zeitungsberichte Nr. 70 (1885) bis 129 (1899), und schließlich finden sich in Band 3 die Zeitungsberichte Nr. 130 (1900) bis 186 (1914). Band 4 beginnt als reiner Registerband mit einer Graphik der preußischen Verwaltungsbehörden, die mit dem Regierungsbezirk Potsdam 1900 in verwaltungsfunktioneller Verbindung stehen, einschließlich des an der Spitze stehenden immediat adressierten Königs, auf den die Berichterstattung ausgerichtet ist. Daran schließt sich einmal ein kommentiertes Verzeichnis der Regierungspräsidenten und deren Stellvertreter und zum anderen eines der Landräte an. Überaus instruktiv ist das Verzeichnis der Repositoren und nummerierten Signaturen der beindruckend hohen Zahl von benutzten Archivalien allein aus den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, das einen Umfang von 105 Druckseiten hat; dazu kommen zahllose Archivalien aus den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und des Landesarchivs Berlin. Jeweils eine Akte stammt aus dem Stadtarchiv Angermünde und dem polnischen Staatsarchiv in Allenstein (Archiwum Państwowe w Olsztynie). Ein Verzeichnis der Literatur und Hilfsmittel ebenso wie

¹⁸ Eine andere Publikation des Brandenburgischen Landeshauptarchivs ist ebenfalls aus dessen vorbildlicher Reihe von Veröffentlichungen heranzuziehen und kann gewissermaßen als sachthematische Ergänzung auf einem, wenn auch weitaus schmaleren Sektor der Gesamtproblematik der vorliegenden Edition, ausgewertet werden: „Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Die Berichte der Regierungspräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Potsdam während des Sozialistengesetzes 1878-1890, bearb. u. eingel. v. Beatrice FALK u. Ingo MATERNA, 2 Teile (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 49 und 57), Berlin 2005-2009.

ein reich differenziertes Register der Orte, Personen und Firmen, eine Sachsystematik, ein Sachregister und ein Stichwortverzeichnis von zusammen mehr als 500 Seiten erschließen die Edition so gut wie vollständig.

Die Zeitungsberichte, die in der Regel aus den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs stammen und darüber hinaus meistens als Duplikat im Geheimen Staatsarchiv in der ministeriellen Überlieferung vorhanden sind, liegen im Original handschriftlich vor. Sie sind unterschiedlich lang und weisen, wie aus den Anmerkungen jeweils hervorgeht, fast immer ein Konglomerat der Spezialberichte unterschiedlicher Zuträger auf, die redaktionell eingearbeitet werden und nominell die Autorschaft des Regierungspräsidenten belegen, ohne dass dieser der eigentliche Autor sein muss. Seine Beamten sind also mit der Abfassung der Berichte beauftragt, die aus einer Vielzahl unterschiedlicher Beiträge zum eigentlichen Bericht geformt werden, was eine sehr zeitraubende und mühselige Arbeit gewesen ist, die bei den damit Beauftragten sicher nicht durchweg auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist. Gegen Ende des Erscheinens der Immediatzeitungsberichte ist der Sinn der umfangreichen Redaktionsarbeit erwartungsgemäß zunehmend infrage gestellt worden, ehe die Berichterstattung 1914 eingestellt worden ist. Schon in der Bismarckzeit ist für die Abschaffung der Berichte, beispielsweise seitens des Finanzministers August Freiherr von der Heydt, plädiert worden., der diese als relativ wertlos einschätzte, da sie trotz einer Bestimmung aus dem Jahre 1817 seit längerer Zeit überhaupt nicht diskutiert, also kaum zur Kenntnis genommen worden seien. Doch auf das Votum Bismarcks hin wurde lediglich eine Modifizierung vorgenommen.¹⁹ Überhaupt ist festzustellen, dass die Berichte für die im politischen Geschehen stehenden Amtsträger trotz ihres hohen Informationsgehaltes zunehmend nur noch rudimentär beachtet worden sind, anders als dies heute der Fall ist, wenn wir sie als in ihrem Umfang und in ihrer Informationsdichte über einen langen Zeitraum hinweg existierende historische Quelle der Sonderklasse nutzen. Die Edition der Immediatzeitungsberichte einschließlich der bestrecherchierten rund 1.500 Fußnoten lädt geradezu zu einer weiteren Beschäftigung mit den Berichtsgegenständen ein, die durch die Kommentierung zum Sprechen gebracht worden sind. Der Rezensent wünscht der insgesamt fünfbandigen Publikation eine breite Aufnahme durch Kommunikations- und Medienwissenschaftler und Historiker, aber auch durch historisch interessierte Laien.

¹⁹ Votum Bismarcks vom 10. Mai 1867, in: Bd. 1, S. XLVII.

